

## GROSSBRITANNIEN Besserung nicht in Sicht

Von Peter Rutkowski

Sie versuchen, die eigene Haut zu retten. Sie versuchen zu retten, was zu retten ist. In der Reihenfolge muss man die derzeitigen Abgänge aus dem Kabinett des Boris Johnson verstehen. Oder anders gesagt: Niemand geht wegen der angeblich unerträglichen Häufung von Skandalen, auch wenn das noch so beflissen empört vorgetragen wird. Der Hauptcharakterzug der britischen Konservativen des 21. Jahrhunderts? Selbsterhaltungstrieb: Macht Platz für mich, Frauen und Kinder zuletzt.

Man kann das erbärmlich finden – völlig zu Recht. Man kann das aber auch als recht clever respektieren. Eben so clever, wie Boris Johnson höchstselbst es jahrelang aller Welt vorgemacht hat. Vielleicht ist es nun wirklich nur noch eine Frage relativ kurzer Zeit, bis die Tory-Hinterbanktruppe ihn stürzt. Das wird jedoch in jedem Fall zu spät kommen: Johnson hat die Partei nachhaltig mit populistischer Beliebigkeit und skrupelloser Selbstsucht infiziert. Heilung? Nicht mehr in diesem Jahrhundert.

Alternativen? Labour ist ein Totalausfall, weil man sich dort weiterhin nur selbst demontiert, die Liberal Democrats sind eine echte Alternative, bleiben aber zu schwach. Irgendein Tory wird also weiterregieren und Großbritannien wird immer mehr ein Schatten seiner selbst. Bericht S.4

## G20-TREFFEN Kräftemessen statt Lächeln

Von Daniela Vates

G20-Außenministertreffen sind in der Regel freundliche Veranstaltungen. Diesmal aber ist die Diplomatenrunde ein Kräftemessen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat sich angekündigt, einer der Verantwortlichen für den Angriff auf die Ukraine, mitschuldig an Tod und Leid vor Ort, an weltweiten Preissteigerungen und einer immer drastischer werdenden Hungerkrise.

Viele seiner Amtskolleg:innen werden sich daher von Lawrow fernhalten. An ein Händeschütteln mit Annalena Baerbock etwa ist kaum zu denken. Dass Lawrow auf Bali von plötzlicher Friedfertigkeit überwältigt wird, gilt als ausgeschlossen. Eher wird er versuchen, den Eindruck eines isolierten Paria-Staates zu zerstreuen.

Und da hat er durchaus Anknüpfungspunkte, Verständnis für imperiale Gelüste bei den einen, ökonomische Interessen bei anderen. Man wolle Russland nicht die Bühne überlassen, hieß es. Das ist der richtige Ansatz, auch wenn das Treffen dadurch zum Krimi werden kann. Denn wenn ein Aggressor alleine durch seine Anwesenheit Abstimmungs-gremien sprengen könnte, er hätte ein leichtes Spiel. Bericht S. 6



### LEITARTIKEL

# Schwerer Fehler

Das Europaparlament hat eine große Chance vergeben. Wenn es die umstrittene Taxonomie-Regelung, wonach Investitionen in Gas- und Atomkraft unter bestimmten Voraussetzungen als klimafreundlich eingestuft werden können, gestoppt hätte, dann hätte es der EU ein ganzes Problembündel ersparen können. Aber: hätte, hätte. Das Europaparlament hat genau das eben nicht getan, und jetzt werden wir alle an den Folgen dieses schweren Fehlers zu leiden haben.

Zwar ist noch gar nicht klar, wie viele Anleger sich für dumm verkaufen lassen und ihr Geld in vermeintliche Ökofonds investieren, in denen Aktien von Gas- und Atomkonzernen stecken. Wahrscheinlich werden es nur wenige sein. Denn Investoren sind durchaus in der Lage, den Etikettenschwindel zu bemerken.

Aber das ist nicht das Hauptproblem. Das Europaparlament hat einer Regelung grünes Licht gegeben, die die gesamte Taxonomie verwässert. In Ökofonds haben Gas- und Atomkraft nichts, aber auch gar nichts verloren. Das Europaparlament hat ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen den Klimawandel ohne Not aus der Hand gegeben.



*Das Europaparlament stimmt einer Regelung zu, die die Taxonomie verwässert. Es gibt damit ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen den Klimawandel aus der Hand.*

Damir Fras

sem leicht erkennbaren Greenwashing.

Die Taxonomie ist ein klassischer, weil fauler EU-Kompromiss. Er spielt Frankreich in die Hände, das marode Atomkraftwerke ohne Ende betreibt. Paris wird mit dem Geld aus der Taxonomie noch auf viele Jahre hinaus eine aus der Zeit gefallene und überdies gefährliche Energieform sanieren und finanzieren. Deutschland kann auf Geld für seine Gaskraftwerke hoffen.

Doch welchen politischen Preis werden wir dafür bezahlen müssen? Die Taxonomie-Pläne der EU-Kommission stammen aus der Zeit vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Angepasst an die neuen Gegebenheiten wurden sie nicht. Das ist unglaublich, aber leider wahr.

Nun kann es tatsächlich sein, dass russische Gasunternehmen, von denen wir uns doch lösen wollen, von der Taxonomie profitieren werden. Weil etwa Investitionen in Flüssiggas-Anlagen und Flüssiggas-Schiffe, die nicht in der neuen Regelung enthalten sind, teurer werden als Geldanlagen in herkömmliches Gas, das noch in viel zu hohem Maße aus Russland kommt.

Wollen wir wirklich Putins Geldbeutel füllen, damit der mit den Erlösen aus den Gasverkäufen weiter Krieg führen kann? Das wollen wir gewiss nicht, würde eine überwältigende Mehrheit der Europaabgeordneten antworten. Doch eine Mehr-

heit dieser Abgeordneten hat diese einfache Schlussfolgerung beiseite gewischt und sich dennoch für die Taxonomie entschieden.

Das war kurzsichtig. Man hätte schon vor dem Krieg mit Fug und Recht behaupten können, dass Gasenergie nichts mit Klimaschutz zu tun hat. Karotten aus herkömmlichem Landbau verdienen schließlich auch kein Öko-Siegel, nur weil sie in eine Pappschachtel verpackt sind.

Doch seit dem 24. Februar gibt es ein zusätzliches Argument dagegen. Der Kriegstreiber in Moskau darf nicht über den Umweg der Taxonomie belohnt werden. Das ist – auch angesichts von sechs Sanktionspaketen – einfach falsch.

Und es kommt noch eine Dimension hinzu, die aus der Taxonomie-Entscheidung des Europaparlaments, einen schwerwiegenden Fehler macht. Die EU möchte weltweites Vorbild im Kampf gegen die Erderwärmung sein. Der Rest der Welt soll es den Europäern nachmachen, damit der Klimawandel nicht ganz so dramatische Folgen hat wie befürchtet.

Doch von der Entscheidung des Europaparlaments geht ein fatales Signal aus. Warum eigentlich sollen es China, Indien, Indonesien, die USA, Brasilien, Südafrika anders machen als die EU, die sich als Etikettenschwindler erweist? Einen Grund dafür gibt es seit Mittwoch nicht mehr. Bericht S. 6